Pressemitteilung von Die Linke Niedersachsen vom 30.04.2026

Israels Militärangriff auf Gaza-Solidaritätsflotte: Die Linke Niedersachsen verurteilt „Völkerrechtsverbrechen“ und fordert sofortiges Eingreifen der Bundesregierung

Hannover, 30. April 2026 – Nach dem gewaltsamen Überfall der israelischen Armee (IDF) auf die Schiffe der zivilen „Global Sumud Flotilla“ in der Nacht zum Donnerstag äußert der Landesverband von Die Linke Niedersachsen scharfe Kritik. Die Partei verurteilt das Vorgehen Israels als beispiellosen Akt der Piraterie und fordert die deutsche Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf. Bei dem Militäreinsatz in internationalen Gewässern vor der griechischen Insel Kreta wurden nach übereinstimmenden Berichten unbewaffnete zivile Hilfsschiffe gekapert, teils fahrunfähig gemacht und zahlreiche Aktivist*innen verschleppt.

Die Linke Niedersachsen bewertet diesen Vorfall als eklatanten Verstoß gegen das internationale Recht und als bewussten Angriff auf humanitäre Hilfe. Die internationale Flotte, bestehend aus 58 Schiffen aus aller Welt, befand sich auf einer Solidaritätsmission, um dringend benötigte Hilfsgüter nach Gaza zu bringen und die seit langem bestehende, völkerrechtswidrige Seeblockade zu durchbrechen.

Besonders schockiert zeigt sich die Partei über aktuelle Meldungen, wonach das israelische Militär bei der Razzia gezielt Kommunikationsanlagen stört, Motoren und Navigationssysteme zerstört und die Zivilist*innen in Erwartung eines aufziehenden schweren Sturms auf manövrierunfähigen Booten zurücklässt. Die Verantwortlichen der Partei verurteilen nicht nur das israelische

Vorgehen, sondern auch die fortgesetzte politische und strukturelle Rückendeckung durch den deutschen Staat.

Hierzu erklären wir:

„Dieser unrechtmäßige Überfall auf die humanitäre Sumud-Flotte ist ein weiterer Beweis dafür, dass das israelische Regime keinerlei Konsequenzen für seine Verbrechen fürchten muss. Während die mutigen Freiwilligen der Flotilla selbstaufopfernd ihr Leben riskieren, um die mörderische Blockade Gazas zu beenden, unterstützen westliche Staaten wie Deutschland dieses Unrechtssystem weiterhin strukturell. Ohne massiven internationalen Druck und direkte Intervention wird weder die illegale Besatzung noch der anlaufende Genozid in Gaza jemals ein Ende finden."

Henry Bruder, Sprecher der Linksjugend ['solid] Niedersachsen, ergänzt:

„In der Nacht auf den 30. April hat das israelische Militär die Schiffe der zivilen Global Sumud Flotilla brutal attackiert. Völlig schamlos und ohne jegliche rechtliche Grundlage wurden unbewaffnete Boote in internationalen Gewässern, weit vor der Küste Kretas, überfallen. Dass der Angriff so viel früher stattfand als erwartet, zeigt die Panik des Regimes: Diesmal sind 58 Schiffe beladen mit humanitären Hilfsgütern unterwegs, um die illegale Seeblockade zu durchbrechen und den Opfern israelischer Gewalt endlich beizustehen. Die israelische Armee hat mindestens 22 Boote gekapert, das Schicksal der Aktivist*innen ist derzeit völlig unklar. Benjamin Netanjahu und die Generäle der IDF müssen für ihre Völkerrechtsverbrechen endlich vor Gericht gestellt werden und hinter Gittern landen."

Besonderen Handlungsbedarf sieht die Partei nun bei der Bundesregierung. Erik Uden, ebenfalls Mitglied im Landesvorstand von Die Linke Niedersachsen, richtet sich mit deutlichen Worten an die Verantwortlichen in Berlin:

„Das Auswärtige Amt muss unverzüglich eine harte politische und konsularische Intervention gegen Israel einleiten. Die gezielte Zerstörung ziviler Boote und das Zurücklassen von Menschen auf offener See vor einem heranziehenden Sturm ist ein einkalkulierter Mordversuch, der nicht unbeantwortet bleiben darf. Egal, wie desillusioniert unser aktueller Kanzler in Israels längst bekannter Außenpolitik gerade ist und wie blind er an der bedingungslosen Unterstützung dieses kriegsführenden Regimes festhält: Deutschland muss jetzt handeln! Wenn die Bundesregierung zuschaut, wie internationale Solidarität kriminalisiert und mit tödlicher Gewalt beantwortet wird, macht sie sich direkt mitschuldig am Schicksal der Entführten und der palästinensischen Zivilbevölkerung."

Die Linke Niedersachsen schließt sich dem dringenden Appell der Flotten-Organisator*innen an und fordert eine sofortige Such- und Rettungsmission (Search and Rescue) durch die umliegenden Mittelmeerstaaten wie Griechenland, Italien und Malta, um die in Seenot geratenen Boote zu retten. Gleichzeitig ruft die Partei dazu auf, in den kommenden Tagen für die sofortige Freilassung der Gefangenen sowie für ein sofortiges Ende des Krieges in Gaza auf die Straße zu gehen.

Pressemitteilung von Die Linke Niedersachsen vom 30.04.2026

Kontakt

Henry Matteo Bruder
Landessprecher der Linksjugend ['solid] Niedersachsen
Mail: henry.bruder@linksjugend-niedersachsen.de

Erik Uden
Landesvorstand Die Linke Niedersachsen
Mail: erik.uden@dielinke-nds.de
Tel.: +49 175 6413848